

Interreg Italien-Österreich Ökologie und Nachhaltigkeit

""Wie beeinflusst das Interreg Italien-Österreich Programm die ökologische Nachhaltigkeit in den teilnehmenden Regionen?"

Bachelorarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

Bachelor of Arts

an der Universität Salzburg
Fachbereich Politikwissenschaft

eingereicht von

Grace Halilaj
12020834

Gutachter/in: Professor Eric Miklin
Fachbereich: Politikwissenschaft

Salzburg, April 2024

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht verwendet und die benutzten Quellen beziehungsweise wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Salzburg, den 01.04.2024

Unterschrift

Grace Halilovic

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Literaturdiskussion	5
2.1 Beschreibung Strukturfonds und Kohäsionspolitik	5
2.2 Beschreibung Kooperation	5
2.3 INTERREG	8
2.4 INTERREG Italien-Österreich	11
3. Theorie.....	12
3.1 Auswirkungen der Kohäsionspolitik.....	13
4. Methodik.....	17
5. Analyse	17
5.1 Mit Hilfe von Interreg IT-AT durchgeführte Umweltprojekte	18
5.2 Interreg als Kohäsionspolitik	21
5.3 CLLD-Ansatz Community-led local development	22
5.4 Kooperation als Mehrwert.....	23
5.5 Auswirkungen auf die Umwelt	26
6. Diskussion der Ergebnisse	29
7. Schlussfolgerungen.....	31
Bibliographie	33

1. Einleitung

Das Thema Nachhaltigkeit hat in den letzten Jahren eine Schlüsselrolle in der öffentlichen Debatte gespielt und ist sogar ganz oben auf die politische und öffentliche Agenda gesetzt worden. Das wachsende Bewusstsein für globale Umweltherausforderungen wie den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt hat zu einer Suche nach innovativen Lösungen geführt und internationale Gemeinschaften dazu veranlasst, diese Probleme durch Kooperation anzugehen. In diesem Zusammenhang können grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme als nützliche Instrumente dienen, um diese Herausforderungen auf lokaler und regionaler Ebene anzugehen. ***"Wie beeinflusst das Interreg Italien-Österreich Programm die ökologische Nachhaltigkeit in den teilnehmenden Regionen?"***

In meiner Studie werde ich mich auf die Rolle von EU-Initiativen zum Schutz der Ökologie und zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit im Kontext der Europäischen Union konzentrieren und dabei insbesondere das Interreg-Programm Italien-Österreich untersuchen und in den Mittelpunkt stellen. Ziel dieser Studie ist es, die tatsächlichen Auswirkungen des Programms auf die ökologische Nachhaltigkeit in den betroffenen Regionen zu bewerten, wobei der Blick auf den Fall Südtirol gerichtet wird. Kooperationsprogramme dieser Art können erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Regionen haben, auch wenn sie zu verschiedenen Staaten gehören, da es sich um benachbarte Regionen mit denselben territorialen Merkmalen handelt. Aus diesem Grund erfordern umweltpolitische Herausforderungen wie die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Verhinderung von Naturkatastrophen und die nachhaltige Bewirtschaftung von Ressourcen die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen.

Im Rahmen meiner Forschung werde ich mich nicht nur auf die direkten Umweltauswirkungen auf die Ökologie und die biologische Vielfalt konzentrieren, sondern auch den Mehrwert untersuchen, den diese grenzüberschreitende Kooperation bringen kann. Daher möchte ich nicht nur die Auswirkungen von Interreg auf Aspekte wie Ökologie und Schutz der biologischen Vielfalt bewerten, sondern auch die Funktionalität des Programms untersuchen. Durch zwei halb-strukturierte Interviews mit dem Geologen der Provinz Bozen, Volkmar Mair, und Martha Gärber Direktorin der Abteilung Europa und des Interreg Italien Österreich Büros der Provinz Bozen werde ich eingehende Daten sammeln, die dazu beitragen werden, den sich im Laufe der Jahre verändernden Kontext und die dank Interreg gewonnenen Daten zu beleuchten. Ziel der Analyse ist es, die Rolle der grenzüberschreitenden Kooperation in Bezug auf die Umweltpolitik zu bestimmen und so festzustellen, ob diese Politik positiv beeinflusst wurde und ob das Programm im Vergleich zu den

Bemühungen, die auch auf lokaler oder staatlicher Ebene hätten unternommen werden können, tatsächlich greifbare Vorteile gebracht hat. Ein weiteres Ziel besteht darin, den Wert von Interreg als Instrument zur Lösung gemeinsamer Probleme zu erkennen. Dies wird dann zu einer Untersuchung darüber führen, wie INTERREG den Austausch von Fachwissen, Ressourcen und Kenntnissen "vereinfacht" hat, und folglich auch Schwierigkeiten und mögliche Grenzen aufzeigen, die während des Prozesses aufgetreten sind. Die Studie zielt somit darauf ab, einen allgemeinen und umfassenden Überblick über die Wirksamkeit dieser Form der transnationalen Kooperation zu geben.

2. Literaturdiskussion

Das europäische Territorium, das durch eine reiche Geschichte und vielfältige kulturelle Facetten gekennzeichnet ist, birgt ständig einzigartige Herausforderungen und Chancen. In einem Kontext gegenseitiger Abhängigkeit und grenzüberschreitender Herausforderungen, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte umfassen, ist das Interreg-Programm ein Mittel, das als Bindeglied zwischen den verschiedenen Regionen dienen kann.

2.1 Beschreibung Strukturfonds und Kohäsionspolitik

Die Regional- und Stadtentwicklungspolitik der Europäischen Union, die noch immer gemeinhin als Kohäsionspolitik bezeichnet wird, ist seit langem ein wichtiger Pfeiler der Europäischen Union. Die Generaldirektion für Regionalpolitik wurde 1968 gegründet, und die Grundzüge der heutigen Politik gehen auf die Strukturfondsreform von 1988 zurück, die auf die Einheitliche Europäische Akte von 1986 folgte (Fratesi & Wislade, 2017).

“Die Gesamtheit der Regeln, Fonds und Interventionen, die diese spezifische Funktion erfüllen, wird als Kohäsionspolitik bezeichnet. "Um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern, entwickelt und verfolgt die Union weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts." (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Artikel 174).

2.2 Beschreibung Kooperation

Die europäische territoriale Kooperation ist ein Instrument der Kohäsionspolitik, mit dem Probleme angegangen werden sollen, die nicht innerhalb der staatlichen Grenzen gelöst werden können und daher eine gemeinsame Lösung erfordern, die auch für die gemeinsame Entwicklung des Potenzials der verschiedenen Gebiete nützlich ist. Die Kooperationsmaßnahmen werden vom Europäischen

Fonds für regionale Entwicklung unterstützt und sind in drei Hauptkomponenten unterteilt: grenzüberschreitende Kooperation, transnationale Kooperation und interregionale Kooperation. Im Bereich der Kooperation gibt es viele Interventionsbereiche, aber die Projekte müssen einen gemeinsamen Nenner haben, d. h. sie müssen Lösungen für Probleme und Herausforderungen bieten, die die verschiedenen Regionen der Union in übergreifender Weise betreffen. Die Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit, die als INTERREG bezeichnet werden, gehören zu den indirekt verwalteten Finanzinstrumenten der EU und werden vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt. Jedes Programm hat eine nationale Verwaltungsbehörde, die für die Programmierung der Interventionen, die Veröffentlichung der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und die Auswahl und Überwachung der Projekte zuständig ist.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die kollektive Wahrnehmung der staatlichen Grenzen in Europa gewandelt. Sie werden nun zunehmend als Potenzial für eine Zusammenarbeit gesehen, die den Bürgern auf beiden Seiten der Grenze Vorteile bringen kann, und nicht mehr als Hindernis. Diese Art der Zusammenarbeit erfordert eine Kooperation zwischen institutionellen und individuellen Akteuren aus verschiedenen Rechtsordnungen, die sich jedoch im selben grenzüberschreitenden Gebiet befinden. Das Hauptziel ist die Lösung von Problemen, möglicherweise sogar von gemeinsamen Problemen, durch die Entwicklung von Synergien, die auf den wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Merkmalen des jeweiligen Gebiets beruhen. Dank seines Engagements für den territorialen Zusammenhalt und der Bemühungen einer neuen Generation von Akteuren, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit konkrete Ergebnisse erzielen wollen, leitet Europa eine völlig neue Form der grenzüberschreitenden Kooperation ein (Kongress der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Straßburg 2013). Es hat sich ein pragmatischer Geist im Umgang mit grenzüberschreitenden Fragen durchgesetzt, insbesondere bei der konkreten Suche nach gemeinsamen Lösungen für gemeinsame lokale Probleme, die durch eine zunehmende grenzüberschreitende Dynamik in verschiedenen Bereichen verursacht werden: Raumplanung, Umweltschutz, Verkehr, Risikoprävention, Beratung der Bürger und Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Einige der Hindernisse für eine wirksame grenzüberschreitende Kooperation sind einfach auf die Vielfalt der beteiligten politischen und administrativen Systeme zurückzuführen, die von Staat zu Staat unterschiedlich sind.

Die grenzüberschreitende Kooperation (CBC) ist ein wesentliches Element der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die 16 Länder entlang der EU-Außengrenzen abdeckt.

Bis vor kurzem war sie auch einer der wenigen Bereiche, in denen es eine kontinuierliche Zusammenarbeit und einen Dialog zwischen der EU und Russland gab (Europäischer Rechnungshof, 2022).

Die grenzüberschreitende Kooperation kann operativ definiert werden als jede Art von konzertierter Aktion zwischen öffentlichen und/oder privaten Institutionen in den Randgebieten zweier (oder mehrerer) Staaten, die durch geografische, wirtschaftliche, kulturelle/identitätsbezogene, politische/führungsbezogene Faktoren angetrieben wird, mit dem Ziel, die (gut-)nachbarschaftlichen Beziehungen zu stärken, gemeinsame Probleme zu lösen oder die Ressourcen zwischen den Gemeinschaften durch jeden verfügbaren Kooperationsmechanismus gemeinsam zu verwalten (De Sousa, 2013). Es handelt sich um ein komplexes Phänomen, das aus dem Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren und Umständen resultiert. Grenzregionen können jederzeit Kooperationsbemühungen oder Vereinbarungen anstreben (Ausschuss der Regionen 2009, 3-4)

"... in einem expandierenden und politisch stabilen Europa sind die lokalen Akteure auf beiden Seiten einiger europäischer Grenzen von unterschiedlichen Systemen abhängig, haben aber gemeinsame Probleme und Interessen „(Grenzgänger, grenzüberschreitende Umweltverschmutzung, Raumplanung oder Sicherheitsfragen usw.) (Ausschuss der Regionen 2007, 16)

Die europäische Integration hat sich in zweierlei Hinsicht auf die Grenzregionen ausgewirkt. Einerseits wurden die Grenzen im größten Teil des EU-Binnengebiets physisch abgebaut, aber in einigen Fällen sind die symbolisch gewordenen Grenzen, "die Narben der europäischen Geschichte", wie Schuman sie nannte, in der kollektiven Vorstellung der Völker geblieben. Andererseits sind die Grenzregionen zu einem fruchtbaren Boden für territoriale Kooperation und institutionelle Innovation geworden (De Sousa, 2013). Das Hauptziel des europäischen Integrationsprozesses bestand darin, die Bedeutung der staatlichen Grenzen für die europäischen Wirtschaftsakteure deutlich zu verringern, um einen großen Markt zu schaffen, in dem staatliche Grenzen die Freizügigkeit von Arbeitnehmern, Waren, Dienstleistungen und Kapital nicht mehr behindern. (Ausschuss der Regionen 2007, 16)

Das vereinte Europa der letzten Jahre führt dazu, dass geteilte Grenzregionen wieder auftauchen, teilweise als Produkt der regionalen Integration. Es besteht die Notwendigkeit, grenzüberschreitende territoriale Einheiten unterschiedlicher Größe, Organisation und Finanzkraft zu schaffen, um die schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Grenzregionen der Länder zu bewältigen sowie große gemeinsame Infrastrukturprojekte und soziale Einrichtungen zu verwalten, um den Bildungs- und Kulturaustausch zu fördern.

Der Grad der grenzüberschreitenden Kooperation und der Institutionalisierung ist von Region zu Region sehr unterschiedlich und hängt von einer Kombination wirtschaftlicher, politischer, kultureller, historischer und geographischer Faktoren ab. Ein Großteil der Institutionalisierung von Abkommen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa hat außerhalb des rechtlichen und institutionellen Rahmens der EU stattgefunden und wurde weitgehend vom Europarat unterstützt. Seit den 1980er Jahren finanziert die EU (damals noch EWG) diese Kooperation über die INTERREG-Programme, deren Verwaltung zum Teil durch unterschiedliche staatliche Gesetze und Verfahren erschwert wurde (De Sousa, 2013).

Die Europäische Union strebt mit ihrer Regionalentwicklungspolitik einen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt an, indem sie die Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen der Mitgliedstaaten verringert. Um diese Ziele zu erreichen, stellt die Europäische Union - auf der Grundlage von Vereinbarungen mit einzelnen Mitgliedstaaten (Partnerschaftsabkommen) und nach gemeinsamen Regeln - über einen Zeitraum von sieben Jahren (Programmplanungszyklus) spezifische Finanzmittel zusätzlich zu den von den Mitgliedstaaten selbst bereitgestellten staatlichen Mitteln bereit. Die Verwendung und Funktionsweise dieser Fonds wird durch Verordnungen der Europäischen Kommission geregelt (Camera dei Deputati,, Politiche di Coesione 2021-2027).

2.3 INTERREG

Die Gemeinschaftsinitiativen, die 1988 nach der Reform der Strukturfonds ins Leben gerufen wurden, sind eines der Instrumente zur Umsetzung der europäischen Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Es handelt sich um Programme, die von der Europäischen Kommission mit dem Ziel entwickelt wurden, Maßnahmen zu unterstützen, die zur Lösung von Problemen von besonderer Bedeutung auf europäischer Ebene beitragen. Der politische Entscheidungsprozess für die Programme der Gemeinschaftsinitiativen wurde von der Kommission eingeleitet, die sich verpflichtete, Leitlinien für das Einreichungsverfahren auszuarbeiten und die Art der Ziele, die Interventionsarten und die finanziellen Mittel festzulegen. Diese Leitlinien wurden anschließend von den Mitgliedstaaten, den verschiedenen beratenden Ausschüssen und dem Europäischen Parlament angenommen. Am Ende dieses Prozesses hat die Kommission die Initiative mit einer Mitteilung angenommen und auf dieser Grundlage die Initiative verabschiedet.

Auf der Grundlage dieser Mitteilung erstellten die Mitgliedstaaten Programme mit den Prioritäten und Maßnahmen, die auf der Grundlage der auf lokaler/regionaler Ebene ermittelten sozioökonomischen Bedürfnisse zu ergreifen sind (Zanuso, 2007).

INTERREG ist eine Gemeinschaftsinitiative, die aus dem Interesse der Europäischen Union an territorialen Fragen der Kooperation zwischen grenzüberschreitenden Regionen hervorgegangen ist. Das Hauptziel von INTERREG als Gemeinschaftsinitiative besteht darin, zu verhindern, dass staatliche Grenzen zu einem Hindernis für eine ausgewogene Entwicklung und Kooperation zwischen den Regionen und zu einem Hindernis für eine ausgewogene Entwicklung und Integration des europäischen Raums werden (KOM 42004/C 226/02, ABl. C 222/2; 2004). Obwohl es starke Katalysatoren gegen die Marginalisierung gibt, wie die Währungsunion und der Binnenmarkt, war es immer schwierig, ausgewogene und vor allem nachhaltige Entwicklungsprozesse in den Grenzgebieten zu initiieren. Das Engagement für eine verstärkte Kooperation zwischen den Grenzregionen spiegelt vor allem den Wunsch wider, administrative und geographische "Barrieren" zu überwinden und ein Projekt zu schaffen, das sich auf die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, nachhaltige Entwicklung und Innovation durch eine kooperative Perspektive konzentriert.

Interreg Europe, das darauf abzielt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf staatlicher und regionaler Ebene zu fördern und somit Vorteile für alle EU-Länder zu gewährleisten, ist eines der "Leitprogramme" der Union. An dem Programm sind Länder, Regionen und Gemeinden der Europäischen Union mit 60 grenzüberschreitenden Programmen, 4 interregionalen Kooperationsprogrammen und 15 transnationalen Kooperationsprogrammen beteiligt. Außerdem gibt es 10 Programme für die Kooperation mit Beitrittsländern und 15 Programme für die Kooperation zwischen der EU und ihren Nachbarländern (Interreg 30 Website). Das Ziel von Interreg Europe ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem Lösungen für gemeinsame Probleme durch Austausch gefunden werden können, und so den lokalen und regionalen Regierungen zu helfen, effektivere Politiken zu entwickeln. Interreg soll es den Regionen erleichtern, ihr Potenzial in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und sozialer Fortschritt zu entwickeln. Auf diese Weise bietet Interreg Europe den lokalen und regionalen Behörden die Möglichkeit, Ideen und Erfahrungen in der öffentlichen Politik auszutauschen und Strategien für ihre Gemeinden und Bürger zu entwickeln. Das Programm unterstützt drei Arten von Begünstigten: öffentliche Behörden, Verwaltungsbehörden und zwischengeschaltete Stellen, die für die Europäische territoriale Zusammenarbeit oder Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zuständig sind, sowie Agenturen, gemeinnützige Organisationen und Forschungsinstitute.

Organisationen, die mit Interreg arbeiten, müssen ihren Sitz in einem der 27 Mitgliedsstaaten oder in Norwegen, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz haben (Ceccarelli, 2020).

Interreg unterstützt finanziell jede Aktivität, die in eine der folgenden vier Kategorien fällt: Wettbewerbsfähigkeit von KMU, kohlenstoffarme Wirtschaft und ökologische Ressourceneffizienz. Die Grundlage von Interreg ist Kooperation, gemeinschaftliches Engagement und Zusammenarbeit.

Die Projekte werden auf folgende Weise finanziert: Interreg Europe kann bis zu 85% der Projektaktivitäten kofinanzieren, die von politischen Organisationen aus verschiedenen Ländern durchgeführt werden, die sich zu einer Partnerschaft zusammenschließen und beschließen, 3-5 Jahre lang zusammenzuarbeiten, um ein gemeinsames Interesse zu erreichen. Jede Partnerregion muss daher einen Aktionsplan aufstellen, eine Interessengruppe einrichten und vor allem aktiv an der politischen Lernplattform von Interreg Europe teilnehmen. Das Programm fordert daher zur Einreichung von Vorschlägen auf, und die Partner können eine Finanzierung für ihre Projekte beantragen. (Interreg Europe Dokument 2018).

Wie bereits erwähnt, ist es das Ziel der Europäischen Union, die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Ländern zu fördern, um ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen, indem das Hindernis der Grenzen überwunden wird. Die Europäische Territoriale Kooperation (Interreg) ist in drei verschiedene Bereiche unterteilt:

Interreg A - Grenzüberschreitende Kooperation: Die europäische grenzüberschreitende Kooperation unterstützt die Zusammenarbeit zwischen NUTS-III-Regionen von mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten, die direkt an den Grenzen liegen oder an diese angrenzen. Das Hauptziel besteht darin, gemeinsam ermittelte gemeinsame Herausforderungen in Grenzregionen anzugehen, um das ungenutzte Wachstumspotenzial in Grenzgebieten zu nutzen.

Interreg B - Transnationale Kooperation, ermöglicht die Zusammenarbeit in größeren transnationalen Gebieten oder in Meeresbecken. An diesem Kooperationsprogramm sind hauptsächlich nationale, regionale und lokale Partner aus den Mitgliedstaaten beteiligt, an einigen Programmen auch Nicht-EU-Länder.

Interreg C - Interregionale Kooperation arbeitet auf gesamteuropäischer Ebene und umfasst alle EU-Mitgliedstaaten und Partnerstaaten. Ziel ist der Aufbau von Netzwerken zur Entwicklung wirksamer Verfahren und die Erleichterung des Erfahrungsaustauschs zwischen erfolgreichen Regionen (Website der Europäischen Kommission).

Figure 1 Area of the Interreg V-A Italy-Austria 2021-2027



Source: Interreg V-A Italy – Austria 2021-2027 website.

2.4 INTERREG Italien-Österreich

INTERREG-Programm Italien-Österreich sind die Länder Tirol, Kärnten, Salzburg, die Region Venetien, die Autonome Region Friaul-Julisch Venetien und die Autonome Provinz Bozen-Südtirol beteiligt. Interreg A Italien-Österreich ist Teil der Programme zur territorialen Kooperation, und die wichtigsten beteiligten städtischen Gebiete sind, wie in der obigen Abbildung dargestellt, Innsbruck, Salzburg, Bozen, Vicenza, Treviso, Pordenone und Triest. Die Wohnbevölkerung im Programmgebiet beläuft sich auf 5,5 Millionen ca. Davon entfallen 3,7 Millionen ca. auf die italienischen Grenzregionen und 1,8 Millionen ca. auf die österreichischen Grenzregionen (Interreg-Website). Das Hauptziel des Programms ist die Erhaltung der Lebensqualität und der Wettbewerbsfähigkeit im Grenzgebiet zwischen Italien und Österreich durch territoriale Zusammenarbeit. Um diese Ziele zu erreichen, sollen im Rahmen des Programms gezielte Maßnahmen entwickelt werden, um regionales Wachstum und ein hohes Maß an sozialem Zusammenhalt, Beschäftigung und Produktivität zu erreichen.

3. Theorie

Im Bereich der europäischen Politik ist die Kooperation ein entscheidendes Element, das vor allem den Zusammenhalt und die harmonische Entwicklung zwischen den Staaten und Regionen der Europäischen Union (EU) fördern soll.

Bevor es eine gut finanzierte EU-Kohäsionspolitik gab, waren die Regional- und Kohäsionspolitiken mehrerer Mitgliedstaaten sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch der für die wirtschaftliche Entwicklung bereitgestellten Mittel eher begrenzt. Daher war es schwierig, Probleme der Wettbewerbsfähigkeit im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt oder Fragen mit wirklich europäischem Charakter anzugehen. Die am weitesten verbreitete Ansicht war, dass die Strukturfonds eingerichtet wurden, um die "Risiken regionaler Ungleichgewichte im Zuge der Marktliberalisierung" zu kompensieren, und dass "geeignete Maßnahmen erforderlich waren, um die Anpassung in strukturschwachen Regionen und Ländern zu beschleunigen" (PADOA-SCHIOPPA, 1987, S. 5). Die wichtigste Hebelwirkung der Strukturfonds besteht darin, eine bessere Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften zu gewährleisten.

Wie bereits erwähnt, sind die Struktur- und Kohäsionsfonds Instrumente zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung. Um diese Ziele zu erreichen, sind die Fonds in ein breiteres, mehrstufiges Governance-System eingebettet, an dem verschiedene Akteure und Institutionen beteiligt sind. In diesem Zusammenhang spielt die Evaluierung eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, den Mehrwert der verschiedenen Programme zu beleuchten, indem sie einen wichtigen Beitrag zur Beurteilung der Frage leistet, ob bestimmte Programme auf europäischer Ebene durchgeführt werden sollten oder nicht.

Dies bedeutet, dass der Mehrwert der Kohäsionspolitik in direktem Verhältnis zum Nutzen der Interventionen vor Ort steht. In der Literatur wird argumentiert, dass es legitim ist zu fragen, inwieweit sich die EU-Ausgaben direkt positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung in den Regionen ausgewirkt haben (Mairate, 2006).

Das Thema EU-Finanzierung wird immer wieder breit diskutiert, und in diesem Zusammenhang wird der Begriff des "Mehrwerts" der EU zur Rechtfertigung der kohäsionspolitischen Ausgaben verwendet. Die Kohäsionspolitik ist sehr sichtbar, da sie etwa ein Drittel des EU-Haushalts ausmacht (Fratesi & Wishlade, 2017). Außerdem ist sie vor allem in Bezug auf die Governance einzigartig. Sie wird nach einem Multi-Level-Governance-Modell verwaltet, an dem nationale Regierungen, regionale Verwaltungen und lokale Gemeinschaften beteiligt sind, und zwar im Rahmen der geteilten

Verwaltung mit der Europäischen Kommission. Die Kohäsionspolitik ist seit jeher Gegenstand hitziger Debatten, vor allem wegen des Umfangs des Haushalts. Die supranationale Rolle der Europäischen Kommission bei der Entwicklung der politischen Agenda spielt ebenfalls eine wichtige Rolle in dieser Frage, was dazu führt, dass die Kohäsionspolitik ständig auf dem Prüfstand steht. Sie war auch Gegenstand zahlreicher Bewertungen, die für die sogenannten operationellen Programme (die auf staatlicher oder regionaler Ebene durchgeführt werden können) zu verschiedenen Zeitpunkten des siebenjährigen Programmplanungszyklus vorgenommen wurden (Fratesi & Wislade, 2017). Obwohl es verschiedene Meinungsverschiedenheiten über die Angemessenheit der Umsetzung dieser Politik auf EU-Ebene und über die Höhe der für die Kohäsion bereitgestellten Haushaltsmittel gegeben haben mag, waren sich die Mitgliedstaaten einig, dass künftige Interventionen darauf abzielen sollten, ihren "Mehrwert" zu maximieren (Mairate, 2006).

Der Gedanke dahinter ist, dass es gerechtfertigt ist, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen, um das Kohäsionsziel zu erreichen, was bedeutet, dass supranationale Interventionen wirksamer sind als Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Daher impliziert der "Mehrwert" einer Politik eine Diskussion über die Notwendigkeit dieser Intervention, d. h. ihre Wirksamkeit bei der Erreichung der angegebenen Ziele (MAIRATE und HALL, 2001). Die Struktur- und Kohäsionsfonds sind Instrumente zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, aber sie wirken nicht isoliert. Sie sind eng eingebettet in ein breiteres, mehrstufiges Governance-System, an dem zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind (HOOGHEEMARKS, 2001). Die Strukturfonds tragen dazu bei, die wirtschaftliche Entwicklung anderer Regionen mit strukturellen Wettbewerbsproblemen zu unterstützen (Mairate, 2006).

3.1 Auswirkungen der Kohäsionspolitik

Einige Analysen haben eine zunehmende Wirkung der Kohäsionspolitik im Laufe der Zeit festgestellt, wobei die größten Auswirkungen in den letzten Programmplanungszeiträumen zu verzeichnen waren, was zum Teil auf politische Lernmechanismen zurückzuführen ist (Pinho, Varum, & Antunes, 2015; Rodríguez-Pose & Novak, 2013); die Belege dafür, dass die Kohäsionspolitik eine Wirkung hat, sind jedoch an sich nicht ausreichend. Die in akademischen Arbeiten zur Bewertung der Gesamtwirkung der Kohäsionspolitik verfügbaren Belege werden von den politischen Entscheidungsträgern der EU anerkannt (Europäische Kommission, 2014), doch haben diese Studien - teilweise aufgrund der gemischten Ergebnisse solcher Analysen - nur begrenzte Auswirkungen auf die Entwicklung der Politik gehabt.

Das akademische Interesse hat sich von Versuchen, die Gesamtwirkung der Kohäsionspolitik zu bewerten, auf die "bedingenden Faktoren" verlagert, die erklären, wo, wann und wie die Politik wirksam ist. Zu diesen Faktoren gehören die Qualität der Regierung, die die Wirksamkeit der Politik erhöht (Rodríguez-Pose & Garcilazo, 2015), die Absorptionsfähigkeit der Regionen, gemessen am Vorhandensein von Humankapital und guten Institutionen (Becker, Egger, & Von Ehrlich, 2013), und das Vorhandensein von territorialem Kapital in den Regionen, das die Politik ergänzt und ihre Wirkung verstärken kann (Fratesi & Perucca, 2014). Diese Art von Analyse ist für politische Entscheidungsträger viel nützlicher, da sie Informationen liefert, die bei der Gestaltung der Politik helfen können.

Das Wissen, dass bestimmte Maßnahmen in bestimmten Kontexten eine größere Wirkung haben, kann eine Grundlage für einen effizienteren Einsatz von Mitteln bilden. Ebenso kann das Wissen, dass die Wirkung einiger politischer Maßnahmen bei Vorhandensein bestimmter territorialer Vorteile größer ist, die Gestaltung und Umsetzung umfassenderer politischer Maßnahmen erleichtern, die Komplementaritäten berücksichtigen.

Wie bereits erwähnt, wird der Kohäsionspolitik große Aufmerksamkeit zuteil, so dass in der Literatur eine Reihe von Fragen aufgetaucht sind, die die Politikwissenschaftler veranlasst haben, sich mehrere Fragen zu stellen, wie z. B.: Wie (und in welchem Umfang) profitieren die Regionen in den verschiedenen Mitgliedstaaten von der Kohäsionspolitik? Sind die regionalen Auswirkungen von Land zu Land sehr unterschiedlich? Ist es für alle Mitgliedstaaten noch sinnvoll, nationale Mittel zur Finanzierung einer Regionalpolitik auf europäischer Ebene zu übertragen? Diese grundlegenden Fragen sind noch nicht vollständig beantwortet worden. Die meisten vorhandenen Studien, die kontrafaktische Techniken zur Ermittlung der Auswirkungen der Kohäsionspolitik verwenden, kommen zu dem Schluss, dass die Politik positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung hat. Dieselben Studien deuten auch darauf hin, dass positive Auswirkungen von verschiedenen lokalen und politischen Bedingungen abhängen, wie z. B. der Absorptionskapazität der Fonds, dem lokalen Kontext und der Intensität der Behandlung (Crescenzi, & Giua 2020). Der Zusammenhang zwischen der Kohäsionspolitik und der territorialen Leistungsfähigkeit wurde aus verschiedenen Blickwinkeln, mit unterschiedlichen Methoden und unter Berücksichtigung verschiedener räumlicher Maßstäbe und Zeithorizonte untersucht (Molle, 2007). Die Literatur ist inzwischen sehr umfangreich, aber noch weit von einem Konsens über die Gesamtauswirkungen der Politik auf den territorialen wirtschaftlichen Zusammenhalt entfernt. Die Auswirkungen der Politik, z. B. in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, werden von den störenden Einflüssen aller anderen Merkmale des territorialen Ökosystems, in das der interessierende politische Effekt eingebettet ist,

bereinigt. Die meisten Studien in diesem Forschungsstrang kommen zu dem Schluss, dass sich die Auswirkungen auf europäischer Ebene positiv auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (Becker, Egger, & von Ehrlich, 2010, 2013; Pellegrini, Busillo, Muccigrosso, Tarola, & Terribile, 2013) sowie auf Innovation und Verkehrsinfrastruktur (Ferrara, McCann, Pellegrini, Stelder, & Terribile, 2017) auswirken.

Allerdings spielt die seit langem geführte breite Debatte über die Auswirkungen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union (EU) auf die regionale wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa (Dall'Erba & Fang, 2017; Ehrlich & Overman, 2020) eine sehr wichtige Rolle.

In der Tat war die frühe Literatur geteilt, was die Auswirkungen der Kohäsionsfonds auf die Disparitäten in den europäischen Regionen angeht (Boldrin & Canova, 2001; Midelfart-Knarvik & Overman, 2002). Neuere Untersuchungen sind dagegen optimistischer (Pinho et al., 2015) und betonen die Zunahme positiver, wenn auch ungleichmäßiger Auswirkungen der (EU) Kohäsionspolitik in ganz Europa (Cerqua & Pellegrini, 2018; Crescenzi & Giua, 2016).

Obwohl es eine wachsende Zahl empirischer Studien gibt, die die heterogenen Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf die regionalen Volkswirtschaften untersuchen (Becker et al., 2013, 2018; Bourdin, 2019; Cerqua & Pellegrini, 2020; Le Gallo et al., 2011), um nach weiteren Belegen für diese Frage zu suchen, wurde eine Studie durchgeführt, die eine neue Kategorisierung der Auswirkungen der Kohäsionspolitik in Europa auf der Grundlage des Umfangs der von jeder Region erhaltenen Unterstützung einführte und auch die in der Literatur zur Erklärung der Auswirkungen der Kohäsionspolitik verwendeten Faktoren berücksichtigte (Di Caro & Fratesi, 2021). Das "Problem" bei früheren Studien ist, dass sich viele Studien auf bestimmte Regionen konzentriert haben, z. B. Konvergenzregionen (Becker et al., 2018; Cerqua & Pellegrini, 2020), oder nur bestimmte Programmplanungszeiträume in ausgewählten Ländern abdecken (Bourdin 2019; Le Gallo et al., 2011). Eine wichtige Herausforderung in der Literatur ist die Notwendigkeit, regionale und nationale Unterschiede eingehend zu berücksichtigen (Bachtrögl et al., 2020; Crescenzi et al., 2020). Diese Frage wird angesichts der ungleichen Auswirkungen der Pandemiekrise in Europa und der Rolle der Kohäsionspolitik im EU-Plan der nächsten Generation relevant (Ascani et al., 2021; Crescenzi et al., 2021). Eine innovative Panel-Zeitreihenstudie, die drei Jahrzehnte und fast vier Programmplanungszeiträume abdeckte, um zwischen kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen der Kohäsionspolitik zu unterscheiden, zeigte, dass die langfristigen makroökonomischen Auswirkungen der EU-Politik zwischen den Regionen variieren und in etwa 40 Prozent der analysierten Regionen signifikante positive Auswirkungen verzeichneten (Di Caro, Fratesi 2021).

Aus der Analyse geht hervor, dass die nationalen und regionalen Besonderheiten bei der Betrachtung der langfristigen Leistung der EU-Kohäsionsfonds angemessen berücksichtigt werden müssen.

Die Litteraturüberprüfung zeigt, dass die Umsetzung der Kohäsionspolitik sowohl kurz- als auch langfristig positive Auswirkungen hat. Diese Feststellung ist das Ergebnis einer Reihe von Analysen und Studien, die im Laufe der Jahre durchgeführt wurden und in denen die Auswirkungen der EU-Kohäsionspolitik auf verschiedene Regionen untersucht wurden. Unmittelbare Verbesserungen des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsniveaus der Betroffenen können häufig als positive kurzfristige Auswirkungen eingestuft werden.

Die Belebung der lokalen Wirtschaftstätigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen sind Verbesserungen und somit Ergebnisse, die zeigen, wie die unmittelbaren Auswirkungen der Kohäsionspolitik regionale Ungleichheiten durch die Förderung eines gleichmäßigeren Wachstums verringern können. Langfristige Auswirkungen hingegen zeigen, wie die Kohäsionspolitik eine wirksame und kontinuierliche Entwicklung unterstützen kann, indem sie einen signifikanten Einfluss auf die Verringerung regionaler Ungleichheiten hat.

Auf der Grundlage dieses Literaturüberblicks kann daher festgestellt werden, dass die Umsetzung der Kohäsionspolitik bisher positive Auswirkungen gezeigt hat, und angesichts dieser Fähigkeit, positive Auswirkungen auf verschiedenen Zeitskalen zu erzeugen, ist ein optimistischer Ausblick auf die Zukunft der Kohäsionspolitik in der Europäischen Union (EU) offensichtlich. Diese optimistische Sichtweise, übertragen auf den Kontext von Interreg Italien-Österreich, kann zu der Annahme führen, dass das Programm eine positive und signifikante Wirkung auf die Ökologie und Nachhaltigkeit der betroffenen Regionen hat. Durch die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation könnte Interreg durch den Austausch von Ressourcen und Wissen zwischen den beteiligten Regionen die Entwicklung nachhaltiger Lösungen und Praktiken begünstigen bzw. begünstigt haben. Der Gedanke dahinter ist, dass die internationale Kooperation in diesem Fall die positiven Auswirkungen, die bereits in der Literatur in Bezug auf die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik gefunden wurden, verstärken kann, um auf diese Weise zur Förderung von Nachhaltigkeit und Ökologie in den beteiligten Regionen auf synergetische Weise beizutragen.

Aus dem theoretischen Argument lässt sich deshalb die folgende Hypothese ableiten:

H: Grenzüberschreitende EU-Programme schaffen einen Mehrwert im Vergleich zu rein staatlichen Programmen

4. Methodik

Die Hypothese, die ich untersuchen werde, ist, dass grenzüberschreitende Kooperationsprogramme, die von der Europäischen Union gefördert werden, einen Mehrwert im Vergleich zu staatlich basierten Bemühungen und Maßnahmen schaffen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Art der Zusammenarbeit den Austausch von Ressourcen, Wissen und Erfahrungen zwischen den beteiligten Regionen fördert und dadurch zur Entwicklung effektiverer Lösungen für gemeinsame Herausforderungen beiträgt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Herausforderungen im Zusammenhang mit Umweltfragen liegt. Die empirische Datenerhebung basiert auf der Analyse von zwei halbstrukturierten Interviews, die mit zwei Experten geführt wurden, die allerdings auf unterschiedliche Bereiche spezialisiert sind. Der erste Interviewpartner ist Volkmar Mair, Landesgeologe der Provinz Bozen, und die zweite, Martha Gärber, Leiterin der Europaabteilung der Provinz Bozen und des Interreg-Büros Italien Österreich sowie Verwaltungsbehörde. Ziel ist es, durch den Beitrag der Experten einen umfassenden Überblick und ein vertieftes Verständnis für den Mehrwert der von der Europäischen Union geförderten grenzüberschreitenden Programme und deren Wirksamkeit im Vergleich zu rein staatlichen Entwicklungsprogrammen und -politiken zu erhalten. Die Möglichkeit, zwei Experten zu befragen, die sich im Laufe der Jahre mit den Programmen der grenzüberschreitenden Kooperation vertraut gemacht haben, aber über einen spezifischen Hintergrund und Kenntnisse in völlig unterschiedlichen Bereichen verfügen, wird dazu beitragen, die Forschung zu variieren, um solidere und relevantere Schlussfolgerungen in Bezug auf das Forschungsthema zu ziehen.

5. Analyse

Der folgende empirische Teil konzentriert sich auf die Analyse der halbstrukturierten Interviews, die mit Dr. Volkmar Mair, Landesgeologe der Provinz Bozen, und der Direktorin des Interreg Italien-Österreich Büros und Verwaltungsbehörde Martha Gärber geführt wurden. Die Interviews wurden geführt, um die Rolle und vor allem die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme auf die Aktivitäten und die Entwicklung von Strategien zur Lösung von Umwelt- und auch anderen Problemen zu untersuchen. Nach der Erfassung und Transkription der Interviews wurden zunächst die Schlüsselthemen kodiert, die in den Gesprächen mit den beiden Experten auftauchten.

Die Daten wurden dann untersucht, um die von beiden Parteien geteilten Erfahrungen zu identifizieren, insbesondere um wiederkehrende Themen und die dazu geäußerten Meinungen zu ermitteln, die in die folgenden Abschnitte unterteilt werden: Über **Interreg IT-AT durchgeführte Projekte, Interreg als Kohäsionspolitik, CLLD-Ansatz** (Community Led Local Development) und **Umweltauswirkungen**.

Zunächst werden die Schlüsselemente aus dem Interview mit Dr. Mair analysiert, dessen Beitrag als Umweltexperte eine eher technische und wissenschaftliche Sichtweise auf die Funktionsweise und Wirksamkeit der Programme liefert.

Anschließend werden die charakteristischen Elemente aus dem Interview mit der Leiterin des Interreg-Büros Italien-Österreich, Martha Gärber, beleuchtet, die die Struktur und Organisation des Programms beleuchtet und wie diese Aspekte die Wirksamkeit und Organisation der durchgeführten Projekte beeinflussen. Schließlich werden die in den beiden Interviews enthaltenen Elemente analysiert und verglichen, wobei gegebenenfalls Abweichungen und/oder Ähnlichkeiten hervorgehoben werden. Auf diese Weise zielt die Untersuchung darauf ab, ein möglichst vollständiges Bild der Wahrnehmungen und Erfahrungen zu vermitteln, die die befragten Experten im Laufe der Jahre in Bezug auf den Nutzen und die Wirksamkeit von grenzüberschreitenden Kooperationsprogrammen im Umweltbereich gesammelt haben.

5.1 Mit Hilfe von Interreg IT-AT durchgeführte Umweltprojekte

Nach den Angaben aus dem Interview mit Landesgeologe Volkmar Mair wurden mehrere Projekte durchgeführt, die dank der von Interreg geförderten grenzüberschreitenden Kooperation wesentlich zur Lösung von Infrastruktur- und Umweltproblemen in den beteiligten Regionen beigetragen haben. Unter den erwähnten Projekten befinden sich Projekte, die sich auf das Wassermanagement konzentrieren, Innovationen im Straßenbau, die darauf abzielen, Verbesserungen auch im Verkehrssektor umzusetzen. Ein Projekt über leichten Asphalt in Tunneln wird besonders erwähnt:

"Ich habe ein Projekt mit hellem Asphalt in den Tunneln durchgeführt, das sehr gut funktioniert hat und heute noch verwendet wird; ich kann also mit Sicherheit sagen, dass es funktioniert. Außerdem haben wir Energiesparprojekte in den Tunneln durchgeführt, die sowohl in Süd- als auch in Nordtirol umgesetzt wurden." (Volkmar Mair)

Ziel des Projektes war es, innovative Fahrbahnbeläge, Tunnelauskleidungen und Beleuchtungssysteme zu entwickeln, um den Sicherheitsstandard in Tunneln zu erhöhen, die Kosten für betriebliche Sicherheitseinrichtungen zu senken und vor allem die sinnvolle Wahrnehmung von Sicherheit zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, war der Einsatz von Energiesparlampen, die Behandlung der Wände mit innovativen Materialien und der Einbau verschiedener innovativer Fahrbahnbeläge erforderlich.

Auch die Projekte PermaNET und Acqua werden erwähnt:

"Dank der Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich haben wir an mehreren Projekten gearbeitet, darunter das PermaNET-Projekt, das im Rahmen des Alpenraumprogramms zur Erstellung einer Permafrostkarte des gesamten Alpenbogens geführt hat." (Volkmar Mair)

Der Begriff Permafrost bezieht sich auf den Teil des Bodens, der in mindestens zwei aufeinanderfolgenden Jahren eine durchschnittliche Jahrestemperatur von unter 0°C aufweist und der besonders empfindlich auf Temperaturerhöhungen reagiert. Das Projekt PermaNET, das im November 2011 im Rahmen des Programms Interreg IV Italien-Österreich gestartet wurde, hat eine grundlegende Rolle bei der Untersuchung und dem Verständnis des Permafrost Phänomens und seiner Auswirkungen auf das Ökosystem der Berge gespielt. Das Projekt, das sich mit dem Permafrost und seinen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die Wasserökologie im Hochgebirge befasste, wurde dank der Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Geologie und Materialprüfung der Provinz Bozen, dem Biologischen Labor der Provinz und der Universität Innsbruck für das Land Tirol durchgeführt. Die Experten erklären, wie sie das Vorhandensein zahlreicher Schwermetalle in den Permafrost quellen, vor allem in den Blockgletschern, festgestellt haben und so zu dem Schluss kamen, das Projekt Perm-Acqua zu starten, an dem auch Italien und Österreich beteiligt sind. Lokale Experten untersuchten die Herkunft dieser Metalle und stellten fest, dass die Trinkwasserquellen in Südtirol zwar unproblematisch sind, die Permafrost quellen jedoch zunehmend weiße Krusten aufweisen, die zahlreiche Schwermetalle, darunter Arsen und Nickel, enthalten, die die Grenzwerte für Trinkwasser weit überschreiten.

Aus dem Gespräch mit Volkmar Mair ging hervor, dass die von ihnen aufgeworfene Frage nach dem Ursprung dieser Schwermineralien zunächst auch dank des Beitrags ihrer Schweizer Kollegen von der Universität Bern beantwortet wurde, die sich dem Thema bereits aus chemischer Sicht genähert und gezeigt hatten, dass sich Schwermetalle aus Gesteinen lösen, die zum Teil seit Hunderten von Jahren sedimentiert sind, und sich auf diese Weise die Krusten bilden, wenn der pH-Wert des Wassers ausreichend sauer ist.

Dieser Beitrag führte zu der Lösung, dass der pH-Wert des Wassers gesenkt wird, wenn man Permafrost quellen mit anderen Quellen mischt, und somit das Problem des nicht trinkbaren Wassers gelöst wird.

"Diese besondere Zusammenarbeit, an der Partner beteiligt waren, die ursprünglich nicht involviert waren, deren Einbeziehung aber zu neuen Perspektiven führte, war entscheidend. Auf diese Weise haben wir herausgefunden, aus welchen Mineralien die weißen Krusten bestehen und dass das Wasser darunter sicher ist." (Volkmar Mair)

In dem berichteten Interviewausschnitt wird deutlich, dass ohne diese Entdeckung ein Problem entstanden wäre, das dank der Zusammenarbeit des Amtes für Geologie und Materialprüfung des Landes Bozen, des Biologischen Landeslabors und der Universität Innsbruck für das Land Tirol von dem Moment an gelöst werden konnte, als die Experten einige Quellen identifizieren konnten, die nicht genutzt werden konnten. Man erkannte, dass es notwendig war, Alternativen zu finden und, falls dies nicht möglich war, Maßnahmen zur Senkung oder Beseitigung der Schwermetallkonzentration zu ergreifen. Die Lösung wurde einfacher, als man entdeckte, dass das Wasser mit anderen Quellen gemischt werden kann.

Eine weitere wichtige Erkenntnis von Dr. Mair betrifft die Anwendung der Interferometrie in den Alpen; auch hier gab es nämlich Schwierigkeiten bei der Überwachung von Erdrutschen im Hochgebirge. Erdrutsche zu lokalisieren und zu überwachen ist äußerst schwierig, und eine visuelle Überwachung ist unmöglich, insbesondere wenn sie sich über einen Quadratkilometer erstrecken und sich 2-5 cm pro Jahr bewegen.

Er argumentierte:

"Überall Sensoren zu installieren wäre zu teuer, andererseits haben wir in Italien 20 Jahre Erfahrung mit der Radarinterferometrie, und bis heute ist der Einsatz dieser Technologie in den gesamten Alpen zum Standard geworden, und das ist ein großer Vorteil." (Volkmar Mair)

Aus den Ausführungen des Geologen geht hervor, dass die grenzüberschreitende Kooperation bei der Durchführung der oben genannten Projekte aus mehreren Gründen von grundlegender Bedeutung war. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität Innsbruck, dem Amt für Geologie und Materialprüfung der Provinz Bozen und dem Biologischen Landeslabor ermöglichte es, ein Phänomen, das beide Regionen, in diesem Fall die Regionen Südtirol und Tirol, umfasst und betrifft, wissenschaftlich anzugehen und zu beobachten und so durch Zusammenarbeit Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden.

5.2 Interreg als Kohäsionspolitik

Im einleitenden Teil dieses Beitrags haben wir gesehen, wie Interreg und die Gemeinschaftsinitiativen im Allgemeinen eine Grundlage für die Kohäsionspolitik sind, die darauf abzielt, die nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der europäischen Regionen zu fördern, in diesem Fall gerade durch grenzüberschreitende Kooperation. Die Leiterin des Interreg-Büros Italien-Österreich der Provinz Bozen, Martha Gärber, erläuterte dies im Gespräch:

"Diese Interreg-Programme, insbesondere Interreg A, waren eine große Chance für Verwaltungen mit einer direkten Grenze innerhalb der Europäischen Union, eine strukturierte und daher auch etwas strategische Form der Kooperation zu ausgewählten Themen, Achsen und Prioritäten zu entwickeln, die dann auch durch eine breitere europäische territoriale Kohäsionspolitik definiert wurden" (Martha Gärber)

Als Verwaltungsbehörde erklärte die Befragte, dass die Einordnung des Programms in die Kohäsionspolitik auch auf der NUTS-3-Ebene eine wichtige Rolle spielt. In der Tat bieten diese Programme die Möglichkeit, eine regionale Entwicklungspolitik auf der NUTS-3-Ebene zu definieren, was eine der wenigen Möglichkeiten für die lokalen Regionalverwaltungen ist, ihr eigenes Handeln als autonome und maßgebliche Einheiten in einem institutionalisierten Kontext zum Ausdruck zu bringen. Der Begriff NUTS 3, der für „Nomenclature of Territorial Units for Statistics – Level 3“ steht, ist eine Klassifikation der Gebietseinheiten, die von der Europäischen Union für Planungs- und allgemein für statistische Zwecke verwendet wird. Die NUTS-3-Einheiten beziehen sich auf Regionen oder Unterregionen eines Landes und sind nach geografischen und administrativen Kriterien unterteilt.

Zum Thema Regionalentwicklung führte Direktorin Martha Gärber weiter aus:

"Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben sich neue Horizonte aufgetan, die für uns sehr wichtig waren, aber ich denke, nicht nur für uns, auch zwischen Venetien und Friaul-Julisch Venetien, aber vor allem auch zwischen Friaul-Julisch Venetien und Kärnten gab es kurz gesagt ein ganzes Potential, das geweckt werden konnte." (Martha Gärber)

Die Grenze wird in diesem Interviewauszug als Bremse für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der durch sie abgegrenzten Gebiete definiert. Die Interviewpartnerin erklärt, dass Interreg als regionale Kohäsionspolitik darauf abzielt, eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Programmgebiet zu fördern.

Es wurde ein Multi-Level-Governance-Ansatz in das Programm eingeführt, der die Möglichkeit bieten soll, eine lokale oder regionale Entwicklung zu fördern, die auch den Herausforderungen und Bedürfnissen der einzelnen Gebiete gerecht wird.

Dieser CLLD-Ansatz (Community-led local development) setzt die gesamte regionale Kohäsionspolitik auf einer noch kleineren Ebene ein, nämlich auf der kommunalen und sogar subkommunalen Ebene. Der große Vorteil dabei ist, dass so eine partnerschaftliche, grenzüberschreitende Regionalentwicklungspolitik definiert werden kann.

5.3 CLLD-Ansatz Community-led local development

Hierbei handelt es sich um einen Bottom-up-Ansatz für die lokale Entwicklung, der von der lokalen Bevölkerung verwaltet wird und die Einbindung der Bürger mit einem partizipativen Ansatz auf lokaler Ebene für die Entwicklung von Maßnahmen begünstigt, die für das Gebiet notwendig und angemessen sind, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen wirksam anzugehen. In diesem Sinne war das Programm Interreg V Italien-Österreich ein Pionier auf dem Gebiet der CLLD, da die Umsetzung dieses Ansatzes im Bereich der Kooperation in Europa einzigartig ist. Dieser Bottom-up-Ansatz begünstigt die Einbeziehung lokaler Akteure in die Umsetzung und insbesondere in die Gestaltung von Strategien (Interreg-Website).

Die Europäische Kommission hat den CLLD-Ansatz ins Leben gerufen, um die Ziele der Strategie Europa 2020 auf lokaler Ebene durch die Einbeziehung lokaler Akteure wie Verbände, lokale Organisationen und einzelne Bürger zu sichern. Auf diese Weise hat die lokale Bevölkerung die Möglichkeit, sich aktiv in den politischen Entscheidungsprozess der Europäischen Union einzubringen und so dessen Wirksamkeit zu erhöhen.

Ein weiteres interessantes Thema, das aus dem Interview mit Frau Dr. Gärber hervorging, ist das Ziel, Frieden und Wohlstand zu erhalten. In dem historischen Kontext, in dem wir leben, insbesondere seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, können diese Ziele als alles andere als selbstverständlich angesehen werden, und daher hat der Wunsch, den Wert der peacekeeping, der ein starker europäischer Wert ist, zu erhalten, in unseren Tagen eine ganz andere Bedeutung. Die Interviewpartnerin stellte fest, dass im 8. Cohesion Report, einem Bericht, den die Europäische Kommission alle drei Jahre mit dem Ziel veröffentlicht, ein vollständiges Bild über den Stand des wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalts in der Europäischen Union zu geben, und der aufzeigt, wie die Kohäsionspolitik die Regionen der Europäischen Union bei der Förderung einer

nachhaltigen Entwicklung und der Bewältigung ihrer Herausforderungen unterstützt (Website der Europäischen Kommission), befindet sich Südtirol und allgemein das Interreg ITA-At Kooperationsgebiet in einer *developing trap*.

In diesem Sinne bedeutet die Entwicklungsfalle, dass die betroffenen Regionen ihren derzeitigen Wohlstand mit Sicherheit nicht halten können, wenn keine gezielten strategischen Investitionen in dem Gebiet gefördert werden.

In diesem Abschnitt konnte dank des Beitrags der Direktorin des Bozner Büros von Interreg Italien-Österreich, Martha Gärber, herausgearbeitet werden, wie Interreg in diesem Fall auch das lokale und regionale Empowerment fördert, das in diesem Sinne auch die Wirksamkeit der Politiken erhöht; es handelt sich also in erster Linie um ein Bemühen um eine ausgewogene Entwicklung, auch nach der Logik des Subsidiaritätsprinzips. Ein wichtiger Wert, insbesondere im Hinblick auf den CLLD-Ansatz, ist die Aufrechterhaltung einer demokratischen Kapazität der Gebiete, und dies wird durch ein Multi-Level-Governance-System erreicht, da die Bevölkerung auf diese Weise Einfluss auf die territoriale Entwicklungspolitik nehmen kann. Die Rolle und der Wert der grenzüberschreitenden Kooperation wird auch in CLLD deutlich. Die Befragte erklärte, dass ohne den österreichischen Beitrag, in diesem speziellen Fall aus Tirol durch den Beitrag von Christian Stampfer, der beim Land Tirol für die EU-Regionalpolitik zuständig ist, dieser Ansatz nie im Interreg-Programm Italien-Österreich umgesetzt worden wäre und sich nie die Gelegenheit ergeben hätte, ihn vor allem auf grenzüberschreitender Ebene umzusetzen.

5.4 Kooperation als Mehrwert

Sowohl im Interview mit Landesgeologe Volkmar Mair als auch im Interview mit Direktorin Martha Gärber tauchte das Thema Kooperation zwischen den beteiligten Regionen, die am Programm teilnehmen, natürlich in mehreren Zusammenhängen auf. Im folgenden Abschnitt sollen die Schlüsselemente der grenzüberschreitenden Kooperation und ihr Mehrwert analysiert werden, wobei eine Auswahl aus beiden Interviews getroffen wird.

Martha Gärber äußerte sich wie folgt:

„Die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Italien und Österreich, vor allem in Bezug auf Südtirol und darüber hinaus, war sicherlich entscheidend für die Überwindung der Grenzen an der Brennergrenze.

In einem institutionalisierten Rahmen, d.h. in einem institutionalisierten Kontext war es möglich, tatsächlich zu kooperieren, während vor dieser Möglichkeit, die für uns Interreg war, die Kooperation vielleicht nicht sehr strukturiert, gelegentlich, manchmal nicht einmal offiziell, sondern eher inoffiziell war." (Martha Gärber)

Diese Information bestätigt, dass die Kooperation zwischen benachbarten Regionen, in diesem Fall zwischen italienischen und österreichischen Regionen, strukturiert und organisiert sein muss, um effektiv und kontinuierlich zu sein. Ein weiterer wichtiger Aspekt für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist die Vertrauensbildung zwischen den Staaten. Der Befragte erklärte, dass man, um nach dem Konsensprinzip arbeiten zu können, das Vertrauen seiner Partner gewinnen muss, was man nur und ausschließlich dadurch erreicht, dass man die andere Partei kennt, also die Verwaltungskultur, die Geschichte, die Besonderheiten des Gebiets usw. Um kurz auf die CLLD-Gebiete zurückzukommen, erklärte der Befragte, dass eine wirksame grenzüberschreitende Kooperation in jeder Größenordnung nur auf einer Vertrauensbasis zwischen starken lokalen Akteuren möglich ist, die zusammenarbeiten und sich somit gegenseitig vertrauen.

Die INTERREG-Programme können als eine Möglichkeit in Europa definiert werden, mit europäischen Mitteln regionale Antworten auf regionale Herausforderungen zu finden, d.h. Raumentwicklungspolitiken, die auf territoriale Besonderheiten zugeschnitten sind: im Fall von Italien und Österreich Gebiete, die durch unterschiedliche Staatsgrenzen begrenzt sind, aber ähnliche Herausforderungen und Parameter aufweisen. Auf diese Weise werden Lösungen gefunden, die für diese Gebiete am besten geeignet sind und die von der staatlichen Politik erheblich abweichen können.

Auch Volkmar Mair äußerte sich zu diesem Thema:

„Die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen ist entscheidend für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, wie z. B. das Risikomanagement in Berggebieten. So haben beispielsweise die Regionen Venetien, Friaul-Julisch Venetien, Salzburg, Kärnten und Südtirol gemeinsame Strategien für die Planung von Risikozonen und die Überwachung von Naturphänomenen entwickelt. Dies zeigt, wie wertvoll die grenzüberschreitende Kooperation für die Förderung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung ist.“ (Volkmar Mair)

Beide Interviewpartner äußerten sich positiv über die Organisation und Struktur des Programms. Dr. Mair wies darauf hin, dass die Klarheit in der Struktur, die das Cohemon-System bietet, aus seiner Sicht sehr zu schätzen ist, da man genau weiß, wie man vorgehen muss.

Wenn man die bürokratischen Abläufe und Zahlungsmodalitäten kennt und versteht, kann man sich gut vorbereiten, sagte er weiter:

"Ich habe festgestellt, dass unsere Partner in Südtirol, aber auch in Österreich und der Schweiz, diese Kontinuität und die Art und Weise, wie die Kommunikation funktioniert, sehr schätzen." (Volkmar Mair)

Ein wichtiger Aspekt, der sich herauskristallisiert hat, ist die Leichtigkeit und Effektivität der Kommunikation zwischen den Beteiligten; in der Tat, so Dr. Mair, gelingt es dem Sekretariat in Bozen und den Kollegen in Österreich und in den anderen italienischen Regionen, sehr gut zusammenzuarbeiten, da die Lösung von eventuell auftretenden Problemen sehr schnell und mit zuverlässigen Antworten erfolgt. Er schätzt das Verhältnis zwischen Aufwand und Ergebnis sehr, dass er als förderlich und ergebnisreich empfindet.

Frau Dr. Gärber lobt in ihrer Rede die Verwaltungskapazität Österreichs. Der österreichische Verwaltungsapparat sei sehr stark und werde als ausgezeichnet bezeichnet. Die Tatsache, dass Österreich aktiv an der Politikgestaltung in Brüssel teilnimmt, indem es Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nimmt, bietet einen soliden Informationsvorsprung, da der Staat in die Mitwirkung an der Ausarbeitung von Vorschriften investiert. Italien hingegen verfügt nicht über eine starke Verwaltungskapazität, vor allem nicht auf europäischer Ebene, was vor allem daran liegt, dass es sich nicht aktiv an der Politikgestaltung beteiligt und erst auf die Veröffentlichung einer neuen Verordnung warten muss, um dann zur Umsetzung überzugehen. Die Kooperation ist auch in dieser Hinsicht von Vorteil, denn dank der persönlichen Kenntnisse und der kürzeren Wege, die die Zusammenarbeit mit sich bringt, ist das Informationsmanagement einfacher. Martha Gärber, gibt an, dass die Kommunikation zwischen ihr als Selbstverwalterin und den Ministerien in Wien bei Bedarf sehr gut funktioniert.

In beiden Interviews wurden die Vorteile der Kooperation aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: Aus wissenschaftlicher und umweltpolitischer Sicht ist hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu einer Angleichung der Kompetenzen und Praktiken geführt hat, wodurch ein einheitlicher und konsistenter Ansatz im Risikomanagement und in der Raumplanung gewährleistet ist. Dieser Prozess der Angleichung und Harmonisierung der Strategien trägt nach Ansicht des Befragten dazu bei, die Wirksamkeit der Projekte zu optimieren und ihre langfristigen Auswirkungen zu maximieren. Dr. Mair beschreibt es als eine Gelegenheit, Ideen zu verfolgen, die sich aus der Arbeit und der Zusammenarbeit mit Partnern aus verschiedenen Kontexten mit unterschiedlichem wissenschaftlichem und technischem Hintergrund ergeben, und als eine

Chance, sich in der Diskussion zu verbessern und viele Aspekte zu erforschen, die sonst nicht in Betracht gezogen würden.

Die Offenheit der Perspektiven und der Input aus verschiedenen Quellen sind seiner Meinung nach auch für die tägliche Arbeit von entscheidender Bedeutung, denn Probleme werden nicht allein durch Bürokratie gelöst, sondern es bedarf einer gesunden Mischung aus Wissenschaft, Technologie und Erfahrung verschiedener Menschen, um voranzukommen.

5.5 Auswirkungen auf die Umwelt

Territoriale Besonderheiten

Die Forschung bezieht sich auf ein genaues geografisches Gebiet, das sich durch besondere territoriale Merkmale auszeichnet, die Italien und Österreich gemeinsam haben. Das Programm Interreg VI-A Italien-Österreich umfasst 430 km Landgrenze zwischen den beiden Ländern, darunter in Italien die Autonome Provinz Bozen (Trentino-Südtirol), die Provinzen Belluno, Vicenza und Treviso (die zur Region Venetien gehören) und die Provinzen Pordenone, Udine, Gorizia und Triest (die gesamte Autonome Region Friaul-Julisch-Venetien). In Österreich die Bezirksgruppen Klagenfurt-Villach, Oberkärnten, Unterkärnten (das gesamte Bundesland Kärnten); die Bezirksgruppen Lungau, Pinzgau-Pongau, Salzburg-Umgebung (das gesamte Bundesland Salzburg); die Bezirksgruppen Innsbruck, Tiroler Oberland, Tiroler Unterland, Außerfern, Osttirol (das gesamte Bundesland Tirol). Dies ist ein Gebiet mit einer Fläche von mehr als 50.000 km², das eine Vielzahl von Gebieten und Landschaften mit ausgeprägtem Gebirgscharakter umfasst (Interreg-Kooperationsprogramm 2021-2017).

Das zu den Grenzgebieten gehörende Gebiet ist stark durch das alpine Ökosystem geprägt und im Allgemeinen überwiegend gebirgig und weist insbesondere Merkmale der Homogenität und Heterogenität auf, die der Logik der EU-Kohäsionspolitik für 2021-27 entsprechen.

Wie bereits erwähnt, weisen die Alpen ökologische Merkmale auf, die einen wesentlichen Beitrag zu den Ökosystemdienstleistungen leisten, wie z. B. zur Wasserversorgung (Interreg-Kooperationsprogramm 2021-2017). Gletscher zum Beispiel sind empfindliche Ökosysteme, die durch viele Faktoren gefährdet sind, unter anderem durch steigende Temperaturen. Die Einschränkung von Permafrost Zonen beispielsweise schadet der Vielfalt von Flora und Fauna. Darüber hinaus gibt es weitere Risiken, die mit Umweltveränderungen zusammenhängen, wie z. B.

die Künstlichkeit der Böden und die daraus resultierende Verschlechterung der Landschaft; diese Aspekte stellen wichtige kritische Fragen dar, insbesondere in Berggebieten.

Im folgenden Abschnitt wird untersucht, wie sich das Programm nach Ansicht der Experten auf die Umwelt auswirkt, und es wird vorgeschlagen, die Wirksamkeit der Politik der grenzüberschreitenden Kooperation bei der Abschwächung oder generell bei der Lösung von Problemen in diesem Bereich zu bewerten.

Der Experte für dieses Thema, Volkmar Mair, hat festgestellt, dass die Umwelt seiner Meinung nach erheblich von dem Programm profitiert, da es die Zusammenarbeit der europäischen Verwaltungen ermöglicht.

Er argumentierte weiter:

"Wenn wir uns hier auf den Alpenraum konzentrieren, finden wir ähnliche Probleme und ähnliche Umweltbedingungen vor; daher ist es für Fortschritte unerlässlich, auf breiter Ebene zu diskutieren. Je mehr Zeit ich mit diesem Programm verbringe, desto mehr sehe ich, dass wir uns annähern, weil die Lösungen für die Probleme ähnlich sind und sich aus physikalischen Prozessen, rechtlichen Möglichkeiten und natürlich der Natur selbst ergeben. Das führt automatisch zu einer größeren Konvergenz, und man sieht, dass wir viele Dinge ähnlichsehen, ähnliche Lösungen finden und ähnliche Prioritäten setzen." (Volkmar Mair)

Wie aus den obigen Aussagen hervorgeht, sieht der Befragte die Bedeutung des Findens ähnlicher Lösungen in der Möglichkeit, später gemeinsam handeln zu können. Es wäre seiner Meinung nach unsinnig, in Südtirol und Nordtirol unterschiedliche Lösungswege zu beschreiten, die Probleme, die vor allem mit den Besonderheiten des Territoriums zusammenhängen, sind dieselben, und daher müssen auch die Lösungen, wenn sie wirksam sein sollen, ähnlich sein. Er betont auch, wie wichtig es ist, bestehende Lösungen zu erkennen, von denen jede Region profitieren kann, indem sie auf die Erfahrungen der anderen zurückgreift. Dies ist Teil der Nachhaltigkeit, d.h. nicht in jedem einzelnen Fall die gleichen Fehler zu machen.

In einem Interview mit Martha Gärber bezeichnete der Direktor des Interreg-Büros Italien Österreich das Programm als ein "grünes Programm". Sie erläuterte, dass bereits in der Entwurfsphase des Programms eine umfangreiche Umweltprüfung durchgeführt wurde, in der Richtlinien eingeführt und verfasst wurden, wie das Prinzip "Do No Significant Harm" innerhalb des Programms interpretiert wird.

"Das Programm selbst wurde so bewertet, dass es keine negativen Auswirkungen hat. Tatsächlich haben wir einen hohen Prozentsatz der Ausgaben, mehr als 30 Prozent, für die Förderung der biologischen Vielfalt vorgesehen. Außerdem werden in unserem Schwerpunkt 2 viele Mittel zur Erfüllung des Kriteriums der Klimaanpassung eingesetzt, unser Programm ist also sehr grün."
(Martha Gärber)

Aus dem Interview ging hervor, dass für jedes Projekt ein Umweltscreening durchgeführt wird, bei dem eine Bewertung der Umweltauswirkungen und des Grundsatzes "Do No Significant Harm" für jedes Projekt mit einer bestimmten Punktzahl vorgenommen wird. Das Prinzip "Do No Significant Harm", d.h. der Grundsatz, die Umwelt nicht signifikant zu schädigen, wurde in erster Linie geschaffen, um wirtschaftliches Wachstum und den Schutz des Ökosystems zu verbinden, und soll sicherstellen, dass Investitionen getätigt werden, ohne die Umweltressourcen zu schädigen (VERORDNUNG (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020).

Die Verordnung über gemeinsame Bestimmungen legt fest, dass die Fonds 2021-27 Aktivitäten unterstützen müssen, die die Umweltziele im Sinne von Artikel 17 der Taxonomie-Verordnung nicht wesentlich beeinträchtigen. Im Rahmen von Interreg sind die Verwaltungsbehörden für die wirksame Umsetzung des Grundsatzes "Do No Significant Harm" während des gesamten Programmplanungszeitraums verantwortlich (European Commission website).

6. Diskussion der Ergebnisse

In den vorangegangenen analytischen Abschnitten war es möglich, die Rolle der grenzüberschreitenden Kooperation als Mehrwert bei der Lösung gemeinsamer Probleme in den zum Kooperationsraum gehörenden Gebieten zu untersuchen.

Im Abschnitt *Mit Hilfe von Interreg ITA-At durchgeführte Umweltprojekte* wurden mehrere grenzüberschreitende Kooperationsprojekte aufgelistet, die die Lösung von Umweltproblemen, die sowohl italienische als auch österreichische Regionen betreffen, erleichtert haben, insbesondere das Projekt PermaNet. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen, die in diesem Fall der Region Süd- und Nordtirol angehören, erleichterte die Untersuchung "problematischer" Phänomene dank eines gegenseitigen Austauschs von Informationen, Daten und Erfahrungen, die im Laufe der Jahre auf beiden Seiten gesammelt wurden. Dank dieser Arbeit war es möglich, im Interesse beider Regionen zu handeln.

Im Rahmen von *INTERREG als Kohäsionspolitik* tauchten wichtige Themen auf, die die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik bei der Förderung der regionalen und lokalen Selbstbestimmung betrafen, die mit den Bedürfnissen und Besonderheiten der Gebiete zusammenhängt, die sich in vielen Fällen erheblich von der staatlichen Politik unterscheiden. Der CLLD-Ansatz wurde in dem Interview mit Martha Gärber erwähnt, der dank des Inputs der österreichischen grenzüberschreitenden Programme entstanden ist; bis heute ist INTERREG IT-AT das einzige Programm in ganz Europa, das diesen Multi-Level-Governance-Ansatz verfolgt, und es ist das einzige Programm in Italien, das dank des Haushaltsentwurfs eine vereinfachte Berichterstattung hat.

Im Abschnitt *Kooperation als Mehrwert* wurde aus wissenschaftlicher und umweltpolitischer Sicht festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen den Regionen vor allem zu einer Angleichung der Kompetenzen und Praktiken geführt hat, um einen einheitlichen und kohärenten Ansatz für das Risikomanagement und die Raumplanung zu gewährleisten. Der Mehrwert dieser Angleichung der Kompetenzen liegt in der Optimierung der Wirksamkeit der Projekte und der Maximierung ihrer langfristigen Auswirkungen. Andererseits begünstigt der direkte Kontakt zwischen den verschiedenen Verwaltungen das Informationsmanagement. Darüber hinaus werden die Interreg-Programme als eine Möglichkeit definiert, mit europäischen Mitteln regionale Antworten auf regionale Herausforderungen zu finden, d.h. eine auf die territorialen Besonderheiten zugeschnittene Raumentwicklungspolitik.

Im Abschnitt *Auswirkungen auf die Umwelt* werden die territorialen Besonderheiten in den italienischen und österreichischen Nachbarregionen aufgeführt. Dr. Mair und Frau Dr. Gärber bieten diesbezüglich wichtige Standpunkte an: Volkmar Mair betont die Notwendigkeit, angesichts der gemeinsamen territorialen Merkmale, die folglich zur Entwicklung ähnlicher Probleme führen, ähnliche Lösungen zu finden; Martha Gärber hingegen betont, dass sich das Kooperationsprojekt in keiner Weise negativ auf die Umwelt auswirkt, sondern im Gegenteil deren Schutz fördert, insbesondere durch die Auslegung des von der Europäischen Union eingeführten Grundsatzes "Do No Significant Harm".

7. Schlussfolgerungen

In meiner Forschungsarbeit wollte ich das Thema der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme in Bezug auf die Förderung von effektiven Lösungen im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit untersuchen. Mein Forschungsziel war es, meine Forschungsfrage und Hypothese zu überprüfen, um kritisch zu beobachten, ob diese Programme einen Einfluss auf den Umweltschutz ausüben, und vor allem, ob die durch das Programm geförderte grenzüberschreitende Kooperation in dieser Hinsicht einen Mehrwert darstellt. Aus der durchgeführten Analyse geht hervor, dass die Kooperation und somit die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen sicherlich viele Vorteile gebracht hat, nicht nur im Umweltbereich. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Möglichkeit einer direkten und praktischen Zusammenarbeit es benachbarten Regionen, die durch unterschiedliche Staatsgrenzen begrenzt, aber durch ähnliche Probleme und territoriale Besonderheiten gekennzeichnet sind, ermöglicht, sich von der staatlichen Politik zu emanzipieren, indem sie spezifische Strategien und Aktionspläne für die territoriale Entwicklung ausarbeiten.

Eines der ursprünglich gesetzten Ziele war es, den Wert von Interreg als Löser gemeinsamer Probleme zu erkennen, und das Interview mit Landesgeologe Volkmar Mair zeigte, wie diese EU-finanzierten Initiativen es ermöglichen, praktische Lösungen auch unter Umweltgesichtspunkten zu finden, und zwar durch verschiedene Vorteile, darunter die direkte Kommunikation zwischen den beteiligten Regionen, die gemeinsame Nutzung von technologischen Instrumenten wie dem Interferometer-Radar für die Erdbeben und vor allem die Zusammenarbeit, um ein gemeinsames Ergebnis zu erzielen, das für beide Seiten nützlich ist und den Aufwand und die Kosten spart, die auf staatlicher/regionaler Ebene anfallen würden.

Durch das Gespräch mit Martha Gärber hatte ich die Gelegenheit, mehr über die Rolle der Kohäsionspolitik und ihre Auswirkungen auf regionaler Ebene zu erfahren. Der gegenseitige Informationsaustausch auf Verwaltungsebene ist die Grundlage für jede Art von Kooperation. Ohne eine starke administrative Basis wären Projekte wie PermaNet und Acqua nie realisiert worden.

Beide Interviews lieferten wesentliche Erkenntnisse und Beobachtungen für die Analyse. Ohne die Meinung eines Umweltexperten wäre es nicht möglich gewesen, die im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit erzielten Ergebnisse kritisch zu analysieren. Andererseits wären wir ohne den Standpunkt eines Experten im Bereich der Kohäsionspolitik und der Gemeinschaftsinitiativen im Allgemeinen nicht in der Lage gewesen, die Rolle von Interreg Italien-Österreich bei der Förderung wirksamer Lösungen für den Umweltschutz zu definieren, und wir hätten keine so klare Vorstellung von seinem "Mehrwert" gehabt.

Hätte ich mich dafür entschieden, einen Vertreter der österreichischen Regionen zu befragen, wäre diese Untersuchung natürlich abwechslungsreicher und verallgemeinerungsfähiger gewesen. Ich glaube aber, dass ich mich zwar auf die Fallstudie der Provinz Bozen konzentriert habe, die Experten aber auch Einblicke in die anderen beteiligten Regionen geben konnten.

Ich habe mich entschieden, meine Bachelorarbeit zu diesem Thema zu schreiben, weil ich zum einen eine italienische Studentin aus der Region Südtirol bin und daher die Möglichkeit, meine Arbeit über ein grenzüberschreitendes Kooperationsprogramm zu schreiben, das sowohl meine Heimatstadt als auch die Stadt, in der ich studiere, d.h. Salzburg, einschließt, von Anfang an eine reizvolle Idee war. Zum anderen wurde meine Entscheidung durch ein Praktikum in der Europaabteilung der Provinz Bozen beeinflusst, wo ich die Möglichkeit hatte, mich mit der Europapolitik auf regionaler Ebene vertraut zu machen, und ich habe diese Gelegenheit genutzt, um mein Interesse an diesem Thema zu vertiefen. Ich möchte mich in Zukunft noch intensiver mit diesem Thema beschäftigen, da ich der Meinung bin, dass die Rolle der Europäischen Union bei der Förderung von Programmen wie Interreg für die territoriale Entwicklung in verschiedenen Formen von entscheidender Bedeutung ist, und die Möglichkeit, Staatsgrenzen zu überschreiten, um wirksame Lösungen für gemeinsame Probleme zu entwickeln, ein großer Schritt in Richtung einer immer größeren und effizienteren europäischen Integration ist, die sich vor allem auf die Friedenssicherung und die Förderung demokratischer Werte konzentriert.

Bibliographie

- Ascani, A., Faggian, A., & Montresor, S. (2021). The geography of COVID-19 and the structure of local economies: The case of Italy. *Journal of Regional Science*, 61(2), 407–441.
- Bachtrögler, J., Fratesi, U., & Perucca, G. (2020). The influence of the local context on the implementation and impact of EU Cohesion Policy. *Regional Studies*, 54(1), 21–34.
- Becker, S. O., Egger, P. H., & von Ehrlich, M. (2010). GoingNUTS: The effect of EU Structural Funds on regional performance. *Journal of Public Economics*, 94(1–2), 578–590. doi: 10.1016/j.jpubeco.2010.06.006
- Becker, S. O., Egger, P. H., & von Ehrlich, M. (2013). Absorptivecapacity and the growth and investment effects of regional transfers: A regression discontinuity design with heterogeneous treatment effects. *American Economic Journal*, 5(4), 29–77.
- Boldrin, M., & Canova, F. (2001). Inequality and convergence in Europe's regions: Reconsidering European regional policies. *Economic Policy*, 32, 205–253.
- Bourdin, S. (2019). Does the cohesion policy have the same influence on growth everywhere? A geographically weighted regression approach in central and eastern Europe. *Economic Geography*, 95(3), 256–287.
- Camera dei deputati. (2021). I fondi europei per la politica di coesione 2021-2027. <https://temi.camera.it/leg19DIL/temi/i-fondi-europei-per-la-politica-di-coesione-2021-2027.html>
- Ceccarelli, S. (2021) Culture as a means of European integration and crossborder cooperation. An analysis of the cooperation between Italy and Austria.
- Cerqua, A., & Pellegrini, G. (2018). Are we spending too much to grow? The case of structural funds. *Journal of Regional Science*, 58(3), 535–563.
- Cerqua, A., & Pellegrini, G. (2020). I will survive! The impact of place-based policies when public transfers fade out (No. 20/20). Mimeo.
- Consiglio European 2023 Biodiversità: come l'UE protegge la natura. <https://www.consilium.europa.eu/it/policies/biodiversity/>.
- Corte dei Conti Europea EU support to cross-border cooperation. Recuperato da https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_27/SR_EU_support_to_cross-border_cooperation_IT.pdf

- Crescenzi, R., Fratesi, U., & Monastiriotes, V. (2020). Back to the member states? Cohesion Policy and the national challenges to the European Union. *Regional Studies*, 54(1), 5–9.
- Crescenzi, R., Giua, M., & Sonzogno, G. V. (2021). Mind the Covid-19 crisis: An evidence-based implementation of Next Generation EU. *Journal of Policy Modeling*, 43(2), 278–297.
- Crescenzi Giua (2020) One or many Cohesion Policies of the European Union? On the differential economic impacts of Cohesion Policy across member states, *Regional Studies*, 54:1, 10-20, DOI: 10.1080/00343404.2019.1665174
- Dall’Erba, S., & Fang, F. (2015). Meta-analysis of the impact of European Union Structural Funds on regional growth. *Regional Studies*. doi:10.1080/00343404.2015.1100285
- Dall'Erba, S., & Fang, F. (2017). Meta-analysis of the impact of European Union Structural Funds on regional growth. *Regional Studies*, 51(6), 822–832.
- Di Caro, P., & Fratesi, U. (2022). One policy, different effects: Estimating the region-specific impacts of EU cohesion policy. *Journal of Regional Studies*, 62, 307–330.
- De Sousa, L. (2013). Understanding European Cross-border Cooperation: A Framework for Analysis. *Journal of European Integration*, 35(6), 669–687. doi:10.1080/07036337.2012.711827
- Ehrlich, M. V., & Overman, H. G. (2020). Place-based policies and spatial disparities across European cities. *Journal of Economic Perspectives*, 34(3), 128–149.
- European Commission, website. European territorial cooperation. Retrieved from https://ec.europa.eu/regional_policy/policy/cooperation/european-territorial_en
- European Commission, website. *Do No Significant Harm* [Webpage]. Knowledge4Policy. Retrieved from https://knowledge4policy.ec.europa.eu/glossary-item/do-no-significant-harm_en
- European Commission website, Interreg V-A Italy-Austria. Available at: https://ec.europa.eu/regional_policy/en/atlas/programmes/2014-2020/italy/2014tc16rfcb052
- European Commission. (2014). Investment for jobs and growth: Promoting development and good governance in EU regions and cities. Sixth report on economic, social and territorial cohesion. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- European Consilium (2023): *Biodiversità: come l'UE protegge la natura* <https://www.consilium.europa.eu/it/policies/biodiversity/>.

European Union. (2007). Treaty of Lisbon amending the treaty on European Union and the treaty establishing the European Community, signed at Lisbon, 13 December 2007. Official Journal of the European Union, C 306/17 D.

Ferrara, A. R., McCann, P., Pellegrini, G., Stelder, D., & Terribile, F. (2017). Assessing the impacts of Cohesion Policy on EU regions: A non-parametric analysis on interventions promoting research and innovation and transport accessibility. *Papers in Regional Science*, 96(4), 817–841.

Fratesi, U., & Perucca, G. (2014). Territorial capital and the effectiveness of cohesion policies: An assessment for CEE regions. *Investigaciones Regionales*, 29(August), 165–191.

Hooghe, L., & Marks, G. (2001) *Multi-Level Governance and European Integration*. Rowman-Littlefield, Lanham, MD.

Interreg Europe Document (September 2018). Why is it important to fund interregional cooperation projects post 2020? Stakeholders from all over Europe express their opinion. Available at: https://www.interregeurope.eu/fileadmin/user_upload/documents/Quotes_of_stakeholders.pdf

Interreg Italia-Austria. (s.d.). KPI Interreg ITAT V1 [Documento PDF]. Recuperato da https://www.interreg.net/downloads/KP_Interreg_ITAT_V1.pdf

Le Gallo, J., Dall'Erba, S., & Guillain, R. (2011). The local versus global dilemma of the effects of structural funds. *Growth and Change*, 42(4), 466–490.

Leonardi, R. (2005) *Regional Policy in the European Union*. Palgrave, London.

Mairate, A. (2006) The 'added value' of European Union Cohesion policy, *Regional Studies*, 40:2, 167-177, DOI: 10.1080/00343400600600496

MAIRATEA. and HALLR. (2001) Structural policies, in HALLR., SMITHA. and TSOUKALISL. (Eds) *Competitiveness and Cohesion in EU Policies*, pp. 315 – 348. Oxford University Press, Oxford

Midelfart-Knarvik, K. H., & Overman, H. G. (2002). Delocation and European integration: Is structural spending justified? *Economic policy*, 17(35), 321–359.

Molle, W. (2007). *European Cohesion Policy*. Abingdon: Routledge.

Padoa-Schioppa, T. (1987) *Efficiency, Stability and Equity: A Strategy for the Evolution of the Economic System of the European Community*. Oxford University Press, Oxford.

Pellegrini, G., Busillo, F., Muccigrosso, T., Tarola, O., & Terribile, F. (2013). Measuring the impact of the European regional policy on economic growth: A regression discontinuity design

Rodríguez-Pose, A., & Garcilazo, E. (2015). Quality of government and the returns of investment: Examining the impact of cohesion expenditure in European regions. *Regional Studies*, 49(8), 1274–1290. <https://doi.org/10.1080/00343404.2015.1007933>

Rodríguez-Pose, A., & Novak, K. (2013). Learning processes and economic returns in European Cohesion Policy. *Investigaciones Regionales*, 25, 7–26